

Kulturgüter: Mehr als 20 000 Unterschriften

20 210 Unterschriften, mit denen Bürger aus aller Welt gegen einen drohenden Ausverkauf badischen Kulturguts protestieren, hat die Landesvereinigung Baden in Europa gesammelt. Der Vorsitzende, Robert Mürb, seine Stellvertreterin, die ehemalige Karlsruher Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle, sowie weitere Mitglieder der Landesvereinigung übergaben die Unterschriften – verpackt in gelbe Pakete mit roten Schleifen – am Mittwoch in Stuttgart. Die „Nikolausgeschenke“ in den badischen Farben nahmen Landtagspräsident Peter Straub und Wissenschaftsminister Peter Frankenberg entgegen.

Bei der Übergabe betonte Mürb einer Pressemitteilung zufolge, dass sehr viele Unterzeichner Unverständnis für das Verhalten der Landesregierung wie des Hauses Baden geäußert hätten. Der Staat, so der Tenor der Kommentare, sei dazu verpflichtet, Kulturgut zu bewahren. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Freistaat Baden im Jahr 1930, also mitten in der Weltwirtschaftskrise, dem markgräflichen Haus für die damals enorme Summe von vier Millionen Mark Gemälde abgekauft und so verhindert habe, dass die Kulturgüter für die Öffentlichkeit verloren gehen. Er appellierte an den Landtag

Schloss Salem am Bodensee: Das Land solle das ehemalige Zisterzienserkloster in seine Obhut nehmen, forderte Robert Mürb von der Landesvereinigung Baden in Europa.

Foto: AP

und die Landesregierung, diesem Beispiel zu folgen – falls es überhaupt noch Kulturgüter gebe, die dem Land nicht ohnehin schon gehörten. Über die Besitzverhältnisse streiten sich derzeit Juristen und Experten. Außerdem forderte Robert Mürb das Land dazu auf, das Kloster Salem in seine Obhut zu übernehmen. Durch den ursprünglich geplanten Verkauf von Handschriften aus der Badischen Landesbibliothek

im Wert von 70 Millionen Euro sollte der Erhalt des markgräflichen Schlosses Salem auf Dauer gesichert werden. Der Pressemitteilung der Landesvereinigung zufolge erklärte Wissenschaftsminister Frankenberg bei der Unterschriften-Übergabe, jetzt würde in aller Ruhe und ohne Zeitdruck von einer Kommission der Fragenkomplex untersucht.

Doch der badische Kulturgüterstreit wirft aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion auch grundsätzliche Fragen auf. Der geplante Verkauf der Handschriften, der weltweit Empörung auslöste, schein nämlich nur die Spitze des Eisbergs zu sein. Auch jetzt noch sollen Baden-Württembergische Museen für die Belange Dritter „Solidaritätsbeiträge“ erbringen. In Krefeld soll mit dem Verkauf eines Monet-Gemäldes das städtische Museum saniert werden. Die willkürliche Preisgabe von Kulturgütern drohe zur Normalität zu werden, befürchten die SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Jung und Jörg Tauss. „Kultur im Ausverkauf – Wer schützt unsere Kulturgüter?“, fragten sie gestern im Karlsruher Ständehaus. Über die Veranstaltung, an der namhafte Experten teilnahmen, berichten die Badischen Neuesten Nachrichten. bo